Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage **Leben, Wissen, Kunst** sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 160. | Dresden, Sonnabend den 13. Juli 1912. | 23. Jahrg.

Haß gegen die Arbeiterschaft.

In der zweiten Sitzung des Landwirtschaftlichen Genossenschaftstages, der am Freitag geschlossen wurde, ging das dort versammelte Agrariertum zu überaus gehässigen Angriffen gegen die Arbeiterschaft vor. Der Geheime Oberregierungsrat Dr. Kapp-Königsberg hatte einen Vortrag zu halten über die Bedeutung der öffentlichen Lebensversicherungsanstalten für die ländliche Bevölkerung. Er forderte die Hereintragung des Gedankens der Lebensversicherung in die ländliche Bevölkerung und die Gründung öffentlich-rechtlicher auf Selbstverwaltung beruhender Lebensversicherungsanstalten, also Volksversicherung für das Land. Bei dieser Gelegenheit leistete sich der Herr Kapp ohne jeden erkennbaren Anlaß eine beleidigende Schimpfrede gegen die Arbeiterschaft.

Er trat zunächst den Aeußerungen entgegen, die Graf Posadowsky auf dem Leipziger Wohnungskongreß gegen die offenen und versteckten Gegner der staatlichen Sozialpolitik gesprochen hat. Der Geheime Regierungsrat ist anderer Ansicht als Graf Posadowsky:

„Es kommt wesentlich darauf an, mit welchen Mitteln den neu auftauchenden sozialpolitischen Anforderungen der Neuzeit Genüge geleistet wird. **In weiteren Kreisen herrscht jedenfalls die Auffassung, daß die gegenwärtigen Bahnen der Sozialpolitik zu weitgehenden Bedenken Anlaß geben** und es ist der Wunsch aufgetaucht, man möge mit dieser Art Sozialpolitik **endlich aufhören**, ohne daß man deshalb gleich in den Verdacht zu kommen braucht, ein offener oder versteckter Gegner der Sozialpolitik zu sein. (Sehr richtig!) Gewiß, Deutschland ist stolz auf seine Arbeiterversicherung. Aber wir dürfen uns der Erkenntnis nicht verschließen, daß damit das **Verantwortlichkeitsgefühl der Arbeiterschaft wesentlich herabgemindert worden ist. Die Arbeiterschaft sieht es heute als Pflicht und Schuldigkeit des Staates an, die Arbeiterfürsorge durch immer neue Rentengewährung auszudehnen. Ist damit aber auch die soziale Zufriedenheit gestiegen?** (Zurufe: Nein, nein!) Gerade das Gegenteil ist der Fall. **Künstlich wird von der Sozialdemokratie diese Stimmung in der Arbeiterschaft für ihre politischen Zwecke zu verwerten gesucht. Mit allen Mitteln des Lug es und des Trug es und der Simulation wird der Versuch gemacht, sich in den Genuß von Renten zu setzen und in breiten Schichten ist eine Art Fälschung des Rechtsgefühls eingetreten. Das zeigt sich auch daran, daß bei Streiks die die Vertragstreue haltenden Arbeitswilligen als vertragsbrüchig hingestellt werden und nicht umgekehrt die den Vertrag brechenden Streikenden. Dieses Schwinden eines einheitlichen Rechtsbewußtseins** ist eine bedauerliche Erscheinung und wenn es dem Staate nicht möglich sein sollte, den Arbeitswilligenschutz herbeizuführen, so sind wir am Ende der Staatsordnung. (Stürmischer Beifall.) Deshalb sind weitschauende Kreise — und es sind nicht die schlechtesten — der Ansicht, **daß Einhalt getan werden muß mit dieser Sozialpolitik.**"

Die Arbeiterschaft wird sich diesen neuen Ausbruch agrarischen Hasses und konservativer Verleumdungssucht wohl merken. Solchen agrarischen Kreise, die für ihre Zwecke den Staat in dreistester Weise in Anspruch nehmen und sich durch die Zollgesetzgebung schändlich bereichern, erdreisten sich, die unglücklichen Menschen, die im harten Daseinskampf zu Krüppeln werden, durch allgemeine Verdächtigungen herabzuwürdigen. Und statt nach Fortführung der Sozialpolitik rufen diese Selbstsüchtigen nach neuen Unterdrückungsgesetzen gegen die Arbeiterschaft.

Auch um die Logik dieser agrarischen Leute ist es wahrhaft grausig bestellt, die einseitige Interessenvertretung richtet alles gerade Denken zugrunde. Der Geh. Regierungsrat Kapp redet erst des Langen und Breiten von dem Uebel der staatlichen Hilfe — Uebel natürlich nur, wo es sich um Arbeiter handelt — und er verweist lobpreisend auf die Selbsthilfe und die Förderung des Selbstverantwortlichkeitsgefühls. Im gleichen Atemzuge aber überschüttet er gerade auch die Selbsthilfe-Unternehmungen der Arbeiterschaft mit seiner Feindschaft. Nicht bloß, wenn die Arbeiterschaft im Lohnkampfe selbsthilferisch um Verbesserung ihrer Lebenslage ringt, soll ihr die Staatsgewalt noch mehr als bisher schon entgegentreten, nein, auch die friedlichsten Werke, die aus der Arbeiterschaft heraus aufwachsen, werden verdächtigt und bekämpft. Der Geh. Regierungsrat Kapp führte weiter aus:

„Auf dem letzten Konsumvereinstag in Berlin hat der sozialdemokratische Arbeiterführer v. Elm die Mitteilung gemacht, daß die sozialdemokratische **Volksversicherung als gesichert zu betrachten sei und daß man bestimmt damit rechne, daß sie am 1. Januar 1913 zur Ausführung kommt.** Vom Standpunkt der sozialdemokratischen Partei ist dieses Vorgehen sehr erklärlich und geschickt. **Aber weniger erklärlich wäre es, wenn die verbündeten Regierungen die Genehmigung zu dieser sozialdemokratischen Volksversicherung geben würden.** (Lebhafte Zustimmung.) Das Aufsichtsgesetz bietet nach meiner Ansicht im § 7 genügende Handhaben, die Genehmigung zu versagen. Es braucht nämlich nur die Annahme gerechtfertigt zu sein, daß die Versicherung den Gesetzen oder den guten Sitten widersprechenden Zwecken dient. **Ich kann mir keinen gröberen Verstoß gegen das Gesetz und die guten Sitten denken,** als ein Unternehmen, das auf die Untergrabung unserer Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtet ist. (Lebhafte Zustimmung.) Da das Unternehmen sozialdemokratischen Ursprungs ist, und offenbar, obwohl dies bestritten wird, **in den Dienst der sozialdemokratischen Propaganda gestellt werden soll, kann die Untersagung erfolgen. Nur eine weltfremde Humanitätsduselei kann dies verkennen.** (Lebhafte Zustimmung.) Wenn aber meiner Ansicht entgegen **die bestehenden Gesetze nicht ausreichen sollten für eine Versagung der Genehmigung, so wäre es die Pflicht der verbündeten Regierungen, schleunigst legislative Schritte zu unternehmen, um die Möglichkeit zur Versagung zu erhalten,** damit nicht der Staat wehrlos dem Messer der Sozialdemokratie überliefert wird. (Zustimmung.)

Häufig versuchten die Feinde des arbeitenden Volkes die heuchlerische Behauptung auszuspielen, daß ihnen die Arbeiter lieb seien und gegen ihre Bestrebungen zur Hebung der Lebenslage nichts einzuwenden sei, nur — Sozialdemokraten möge man nicht leiden. Nun aber zeigt sich wieder, daß die agrarischen Männer sofort jede Tätigkeit der Arbeiterkonsumvereine und der Gewerkschaften zur Hebung des arbeitenden Volkes aufs heftigste befehden und als sozialdemokratisch bezeichnen. Die herrschenden Schichten, die kapitalistischen und agrarischen Parteien, die Regierungen haben sich nicht im geringsten um die Frage gekümmert, ob nicht die arbeitenden Klassen das Lebensversicherungswesen sich zu eigen machen müßten. Man hat nichts getan und das ganze Feld dem profitsüchtigen Privatkapital überlassen. Jetzt kommen die Gewerkschaften und die Konsumvereine, um Gutes zu schaffen. Sofort schreien die Volksfeinde: Die Sozialdemokratie wird davon Nutzen haben, die geplante Volksversicherung verstößt „gegen die guten Sitten", sie muß verboten werden und falls die bestehenden Gesetze nicht genügen, muß ein neues Ausnahmegesetz gemacht werden!

Den Regierungen wird es schwer, ja unmöglich sein, den heterischen Ratschlägen ihrer agrarischen Lieblinge irgendwie Folge zu leisten. Sie werden sich mit der Tatsache abfinden müssen, daß die unbemittelten Volksklassen, um den Druck der heutigen kapitalistischen Zustände zu bekämpfen, großzügige Werke wirtschaftlicher Selbstverwaltung und Selbstbefreiung schaffen. Die Vorgänge auf dem Landwirtschaftlichen Genossenschaftstag aber belehren die gesamte Arbeiterschaft, mit welchem infernalischen Haß und welch bösartigen Plänen sie verfolgt werden. Die Arbeiterschaft wird sich dadurch nur um so mehr angespornt fühlen, den Haß der Mächtigen **zu überwinden und sich und den Nachkommen ein besseres Leben zu erobern!**

* * *

Das Berliner Tageblatt spricht sich recht zutreffend über die Rede des Dr. Kapp wie folgt aus:

„Es gehört ein ungewöhnlich hohes Maß agrarischer Verblendung dazu, eine hervorragende Erfindung der Selbsthilfe, wie es die geplante Volksversicherung ist, als gegen die guten Sitten gerichtet zu bezeichnen. Die Aufsichtsbehörde wird sich hüten, die halsbrecherische Auslegung des Geheimrats zu akzeptieren. Eines Lächelns kann man sich nicht enthalten, wenn der Geheimrat nach einem besonderen Ausnahmegesetz gegen die Volksversicherung ruft. Ihm scheint die gegenwärtige Zusammensetzung des Reichstags vollkommen unbekannt zu sein. Es ist natürlich überhaupt eine Ungeheuerlichkeit, von einer „sozialdemokratischen" Versicherung zu reden. Das Unternehmen wird kaum geneigt sein, seinen Beamtenapparat in den Dienst der Sozialdemokratie zu stellen und sich dadurch mit der Aufsichtsbehörde in Konflikt bringen. Wenn das aber der Geheimrat Kapp als so selbstverständlich voraussetzt, kann man sich des Verdachts nicht erwehren, daß ein solcher politischer Mißbrauch von Selbsthilfeorganisationen dem Agrariertume nicht ganz unvertraut ist. Die Aufsichtsbehörde sollte da doch einmal nach dem Rechten sehen. Geheimrat Kapp hat den Genossenschaftsverband, der statutenmäßig ein nichtpolitischer Verein ist, zum politischen gestempelt. Wenn die Genossenschaften in dieser Weise parteipolitisch auf ihren Tagungen werden, dann erfordern es die Gesetze, daß ihre Vorstände die Anmeldung der Vereine als politische schleunigst bewerkstelligen."

Ein zeugerischer Professor.

Die Maschinen des Hauses Scherl, G. m. b. H., sind seit einiger Zeit vollauf damit beschäftigt, Artikel des Herrn Professor Kurt Breysig massenhaft in die Welt hinauszuschleudern. Die publizistische Fruchtbarkeit dieses Gelehrten könnte einen fast auf den Gedanken bringen, daß sich endlich auch unter den königlich preußischen Wissenschaftsbeamten einer gefunden hätte, der das Zeug zum richtigen Journalisten hat, würde sich die schriftstellerische Massenschnellproduktion des Herrn Breysig nur nicht mit einer geradezu erstaunlichen professoralen Einseitigkeit verbinden. So oft sich auch die Walzen von Scherl in Bewegung setzen und das endlose Papier zu rollen beginnt, ist es im Grunde immer wieder derselbe Breysigsche Artikel, der auf der weißen Fläche erscheint. Immer wieder ist es der „Massen- und Maschinengeist", über den hier mit wenig Geist massenhaft und maschinenmäßig geklagt wird, immer ist es der „Führerstolz und die Führerstärke", die mit demütiger Schwäche angebetet und gelobhudelt werden, und immer wieder wird uns als Arkanum gegen die Leiden unseres an einem Uebermaß von Demokratie und Sozialismus krankenden Zeitalters der Senat von Edelmenschen präsentiert, der im Breysigschen Zukunftsstaat an Stelle des demokratisch verrotteten und sozialistisch verseuchten Reichstags die Geschicke des Reiches in seine Hände nehmen wird: „Der Rat der Besten".

Schließlich verlohnt es sich wohl zu sommerlichem Zeitvertreib, einmal zu untersuchen, ob Herr Breysig wirklich, wie er vermeint, den politischen Stein der Weisen gefunden hat. Nur wird man dabei nicht die Methode anwenden dürfen, mit Worten zu streiten, die sich zur rechten Zeit einstellen, wo die Begriffe fehlen, und man wird ohne überflüssiges Wortgeklingel hübsch bei der Sache bleiben müssen. So mag denn gleich von vornherein festgestellt werden, daß ein „Rat der Besten" ein wunderschönes Ding wäre — hätten wir ihn nur erst — und daß wir alle uns nichts Angenehmeres wünschen könnten, als von ihm regiert zu werden.

Die Sache hat aber einen verfluchten Haken. Denn während alle Welt darüber einig ist, daß die Besten, Gescheitesten, Uneigennützigsten die Geschäfte der Allgemeinheit führen sollen, herrschen die größten Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Methode, durch die man diese zum Regieren berufenen Besten herausfindet. Die primitivste Methode war die, daß man es einem bestimmten Mann und einer bestimmten Frau überließ, miteinander ein Kind zu zeugen. Gelang es glücklich, daß das Kind unzweifelhaft männlichen Geschlechtes war, so galt dieses ohne weiteres als der Tüchtigste und Beste, der vom lieben Gott selbst zum Regieren bestimmt war. Man setzte ihm eine goldene Mütze auf den Kopf, gab ihm einen goldenen Stock in die Hand und nannte es König oder Kaiser.

Mit dieser Methode, den zum Regieren berufenen Besten herauszufinden, hat aber die Menschheit nicht immer gute Erfahrungen gemacht, und so ging man dazu über, andere Systeme auszuklügeln, durch die die „Regierung durch die Besten" besser verwirklicht werden könnte. So fanden zunächst die Prittwitze und Zitzewitze, Köcheritze und Oppenhitze aller Länder, daß sie sich auf das Regieren mindestens so gut verstünden, wie das Herrscherhaus selbst, und sie halfen beim Regieren so tapfer mit, daß den von Gottes Gnaden dazu Bestimmten fast nichts mehr zu tun übrigblieb.

Aber auch dabei sollte es nicht bleiben. Verschiedene Müller und Maier, Schulze und Schmidt, die reich geworden waren oder gar die Universität besucht hatten, fanden gleichfalls, daß sie sich auf das Regieren genau so gut verstünden wie die adeligen Herrschaften. Sie verlangten darum Gleichberechtigung — für sich mit einer richtiggehenden Konstitution: die Herrschaft der Bourgeoisie, Bildung und Besitz nannte man es, wurde die Forderung des Tages.

Und schließlich kam das Volk selbst, zu dessen „Wohle" jene alle, wie sie stets versicherten, regierten, und es fand, daß alle diese Systeme nichts taugten. Es verlangte, die Besten, die ihm seine Gesetze machen oder vorschlagen und seinen Staat verwalten sollten, selbst ausfindig machen zu dürfen, und es begann — nicht in Preußen, aber in der übrigen zivilisierten Welt — jene Epoche demokratischer Entwicklung zum Sozialismus, die Herrn Kurt Breysig so großen Kummer bereitet.

Nun hat Herr Breysig (darin stimmt ihm der stets wohlgesinnte Kritiker zu) so weit Recht, als auch die Demokratie nicht immer den Gescheitesten und Besten zur Regierung hilft. Neben den geborenen und den durch ihren Geldsack zum Regieren berufenen Eseln — nicht alle sind sie es — gibt es auch gewählte Esel, diese aber haben vor den geborenen den Vorzug, daß sie, sobald ihre Unfähigkeit oder Schlechtigkeit erkannt ist, von ihrer Stelle entfernt werden können, die geborenen aber nicht. Und dies ist nach unserem bescheidenen Dafürhalten der große Vorzug der Demokratie.

Worin besteht nun die von Herrn Breysig erfundene Methode, ganz unfehlbar den besten Leuten die Regierungsgeschäfte zu übertragen? Herr Breysig meint, es sollten die hervorragendsten Männer der verschiedensten Berufszweige, der Landwirtschaft, der Industrie, des Handels, der Kunst, der Wissenschaft zu einem Reichsrat berufen werden, der die Tätigkeit des Reichstags zu kontrollieren hätte. Damit verfällt Herr Breysig, der Demokratenhasser, selber der gefährlichsten Kinderkrankheit der Demokratie, nämlich dem Überglauben, daß ein Mann, der eine gute Maschine erfunden, ein schönes Bild gemalt oder ein ausgezeichnetes Gedicht geschrieben hat, darum auch der Berufenste sei, die Rechnungen des Staatshaushalts nachzuprüfen oder das Krankenkassengesetz zu reformieren. Er nennt diese Leute in seiner blühender Sprache die „Zeugerischen" und lädt sie mit großartiger Handbewegung ein: Bitte, nun regieren sie!

Das könnte aber eine schöne Geschichte werden. Eine Geschichte, die selbst dadurch nicht besser wird, daß auch den Sozialdemokraten in diesem Rat der Besten ein bescheidenes Plätzchen eingeräumt werden soll. (Siehe also, auch der „Massen- und Maschinengeist" gebiert Männer mit Führerstolz und Führerstärke: Zeugerische!) Denn da die meisten dieser schaffenden Geister völlig in ihrer besonderen Arbeit aufgehen und von Politik im Durchschnitt weniger wissen als ein organisierter Arbeiter, würden sie als regierende Versammlung einen geradezu erbarmungswürdigen Anblick gewähren. Statt einer Regierung der Besten würden wir eine Regierung von Leuten bekommen, die vom Regieren am gewissesten nichts verstehen.

Um die Tiefgründigkeit des Breysigschen Projekt zu kennzeichnen, genügt es noch hervorzuheben, daß der Rat der „Zeugerischen", der später sich durch Inzucht ergänzen soll, zunächst bis auf weiteres von Wilhelm II. ernannt werden soll. Unter verfassungsmäßiger Verantwortung des von Kaisers Gnaden regierenden Genies, des von Herrn Theobald von Bethmann-Hollweg!

Der Parteitag von Reggio Emilia.

Id. Rom, 11. Juli.

Am 10. Juli hat die italienische Partei in Reggio Emilia ihren 13. Parteitag beendet. Den Verhandlungen des von rund 700 Delegierten beschickten Parteitages wohnten die Triester Genossen Sgadar und Tedeschi sowie der Sekretär des Zentralverbandes der ungarischen Landarbeiter, Genosse Cfizmadia, bei.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120713/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG